

LEUTE



NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (47, CDU, Foto: dpa) hat die Bundesregierung dafür kritisiert, entgegen ihrer

Zusagen nicht für eine Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen gesorgt zu haben, die mit Öl und Pellets heizen. „Gerade unsere kleinen und mittleren Unternehmen brauchen in der Krise Klarheit. Sie müssen in die Ankündigungen der Bundesregierung vertrauen können“, sagte Wüst. Der Haushaltsausschuss hatte beschlossen, dass die finanzielle Unterstützung des Bundes zu Energiekosten-Härtefallregelungen für kleine und mittlere Unternehmen keine Hilfen für Heizöl und Pellets umfasst. Die Härtefallregelungen seien auf die Entlastung von Strom und leitungsgelagerten Energieträgern (Gas, Wärme) zu begrenzen. Ziel der Härtefallhilfen ist es, dass kleinere und mittlere Unternehmen zusätzliche finanzielle Hilfen erhalten, wenn sie die Energiekrise besonders hart trifft. (dpa)

KURZ NOTIERT

Grüne gegen massiven Autobahnausbau

DÜSSELDORF Die Grünen stemmen sich gegen einen massiven Autobahnausbau in Nordrhein-Westfalen. „Wer heute ernsthaft immer noch Autobahnen erweitern oder neue Flughäfen bauen will, wer Radwegeinfrastruktur aber nur als eine Randnotiz sieht, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt“, sagte der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Tim Achtermeyer. Er reagierte damit auf einen Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“, wonach es im Bundesverkehrsministerium eine Liste mit 144 Ausbauprojekten geben soll – davon mit 60 die meisten in NRW. „Der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Volker Wissing ist grotesk“, warf Achtermeyer dem FDP-Politiker vor. „Der Autobahnausbau in Städten auf bis zu zehn Spuren hat mit Klimaschutz oder öffentlicher Sicherheit nichts zu tun. Dadurch entstehen nur noch mehr Verkehr und CO₂-Emissionen.“ Gleichzeitig blockierten solche Mammutprojekte die Sanierung kritischer Straßen und Brücken – auch in NRW. (dpa)

Brückenabriss: A1 bei Münster voll gesperrt

ASCHBERG Auf der Autobahn I südlich von Münster (Köln-Bremen) müssen sich Autofahrer an diesem Wochenende auf längere Fahrzeiten einstellen. Für den dreispurigen Ausbau der Strecke zwischen den Anschlussstellen Münster-Hiltrup und Ascheberg wird die Autobahn von Freitag ab 22 Uhr bis Montag um 5 Uhr in beide Richtungen voll gesperrt. Für den Abriss einer Brücke wird der Verkehr dann umgeleitet werden. Autofahrer und der Schwerlastverkehr sollten laut der ausführenden Autobahn GmbH des Bundes die A1 südlich von Münster auf dem Weg von und nach Norddeutschland weiträumig umfahren. (dpa)

Warnstreik bei Coca-Cola in NRW

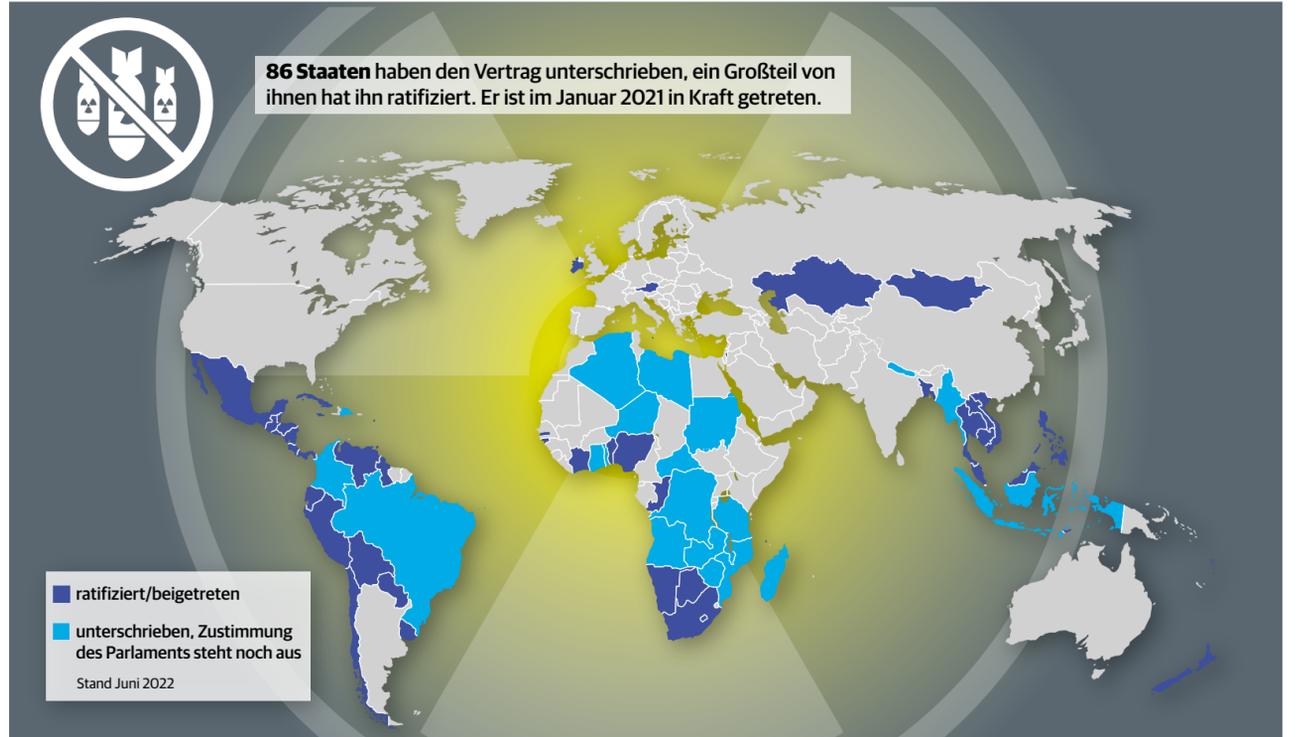
DORTMUND Gut 500 Beschäftigte an nordrhein-westfälischen Standorten des Getränkeriesen Coca-Cola haben am Donnerstag bei einem Warnstreik ihre Arbeit niedergelegt. Bei einer Kundgebung in Dortmund forderten sie monatlich 400 Euro mehr Gehalt und mehr Geld für Auszubildende. Das bisherige Angebot des Konzerns sei ein „Schlag ins Gesicht“ der Beschäftigten, sagte Freddy Adjan, der für die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) verhandelt. Die Arbeitgeberseite hatte im Dezember ein Lohnplus von 100 Euro monatlich sowie eine einmalige Inflationsausgleichsprämie von 1000 Euro in den Raum gestellt. (dpa)

RWTH-Physiker will Atomkrieg verhindern

Forschungsgruppe um Malte Göttsche macht mögliche Abrüstungsversprechen der Atomwaffenstaaten überprüfbar.

VON CLAUDIA SCHWEDA

Vertrag zum Verbot von Atomwaffen



MHA-INFOGRAFIK · QUELLE: UN-BÜRO FÜR ABRÜSTUNGSFRAGEN

AACHEN Malte Göttsche ist Physiker und Friedensforscher. Das Ziel des 36-jährigen Juniorprofessors an der RWTH Aachen ist kein geringeres als eine Welt ohne Atomwaffen. Das Problem: Wenn die Atomwaffenstaaten sich überhaupt gegenseitig Abrüstung versprechen, kann bislang nicht unabhängig überprüft werden, ob sie ihre Versprechen tatsächlich wahr machen. An dieser Stelle setzt Göttsche mit seinem Verifikationsmodell an. Dafür erhält der Aachener Forscher nun den mit 5000 US-Dollar dotierten Nuclear Free Future Award in der Kategorie „Lösung“. „Abrüstung wird es nur geben, wenn die Atomwaffenstaaten Vertrauen in den Abbau der Atomwaffen auf der anderen Seite haben“, sagt er.

Die Spuren des Spaltmaterials

Atomwaffen, erklärt Göttsche, könne ein Inspekteur nicht so einfach zählen wie Panzer oder Marschflugkörper – also konventionelle Waffen. Atomwaffen seien klein. „Die kann man im Zweifel unterm Schreibtisch verstecken, wenn der Kontrolleur kommt.“ Wie also sollen die Staaten sich vertrauen, dass die andere Seite tatsächlich nichts verbirgt? Die Aachener Forschungsgruppe um Göttsche gibt den Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) eine Methode an die Hand, mit der sie die Angaben aller Seiten auf Plausibilität prüfen können. Die Methode basiert auf den Spuren des Spaltmaterials, die sich in Reaktoren und Anreicherungsanlagen finden. Denn: „Einen Reaktor kann kein Land verstecken.“

Göttsches Konzept macht Inspektoren zu Nukleararchäologen und gibt ihnen die passenden Algorithmen als Werkzeuge an die Hand. „Der Begriff ‚Archäologen‘ kommt nicht von ungefähr: Sie rekonstruieren die Vergangenheit; in diesem Fall

nicht die bauliche, sondern die nukleare.“ Aufgrund von Proben wird anhand der Daten rückwärts gerechnet, wie viel Plutonium und Uran, das für Atomwaffen verwendet werden kann, in der fraglichen Anlage jemals entstanden oder angereichert worden ist. Diese Menge an Spaltmaterial lässt auf eine Zahl an Atomsprengköpfen schließen, und diese Zahl dient dann als – für alle Seiten – nachprüfbar Basis der Abrüstungsverträge. „Kernwaffenstaaten haben ein massives Inventar an Spaltmaterial und damit ein massives Aufrüstungspotenzial“, sagt Göttsche.

Als der russische Präsident Wladimir Putin im Krieg gegen die Ukraine den Einsatz von Atomwaffen ins Spiel brachte, trieben den RWTH-Physiker große Sorgen um. „Jeder Einsatz von Kernwaffen, egal ob klein, groß, taktisch oder strategisch, wird unfassbares Leid und Sterben hervorrufen.“ Die Nah-

rungsmittelproduktion auf der Erde würde bei einem Nuklearkrieg zum Erliegen kommen – auch nach einem regional begrenzten Einsatz. Bis zu diesem Zeitpunkt war Göttsches Antrieb für seine Forschung eher abstrakt: Er wollte etwas gesellschaftlich Sinnvolles mit seiner Arbeit beitragen. Plötzlich war die Gefahr real.

Die Idee der Nukleararchäologie zur Abrüstungskontrolle gibt es seit 1990. Doch sein Team, sagt Göttsche, sei die erste Forschungsgruppe, die ein systematisches Feldverfahren mit Messungen, Dokumentenanalyse und Simulationen dazu entwickelte.

Die vergangenen fünf Jahre an der RWTH nutzte der Juniorprofessor dazu, den nach seinen Worten EU-weit größten Forschungsverbund für Verifikationsfragen aufzubauen. Dabei arbeitet sein Team interdisziplinär mit den Politikern und Soziologen an der RWTH, der Abteilung Kernmaterialüberwachung am Forschungszentrum Jülich und den Politikern an der Uni Duisburg-Essen zusammen. Dieser regionale Verbund wird inzwischen vom Bundesforschungsministerium mit drei

Millionen Euro gefördert. Auch das Auswärtige Amt in Berlin ist längst auf die Forschungsgruppe aufmerksam geworden. Es hat Göttsches Verifikationsmodell dem Team der IAEO an die Hand gegeben, das die Entwicklung in Nordkorea beobachtet und dort eine Überprüfung des Atomwaffenprogramms vorbereitet.

Und die Berliner Behörde hat dem Team um Göttsche Zugang zu einer Nuklearanlage verschafft, die wie jede andere auch militärisch hätte genutzt werden können: das Nu-

cleararchiv in Karlsruhe. So macht die Forschung den Schritt von der Simulation zur experimentellen Überprüfung eines nuklearen Programms, wie es jeder x-beliebige Atomwaffenstaat als Dokumentation vorlegen könnte. „Mit einer Übung in Karlsruhe kann sich die Nukleararchäologie in der Praxis beweisen“, sagt der Physiker. „Und wenn sich irgendwann ein Fenster öffnet, nukleare Waffenarsenale zu reduzieren, macht unsere Forschung eine Vereinbarung überprüfbar.“

„Ich suche die politische Herausforderung, zu der ich einen technischen Beitrag leisten kann.“

Malte Göttsche, Physiker und Friedensforscher an der RWTH Aachen



Ausgezeichnet mit dem „Nuclear Free Future Award“: Malte Göttsche von der RWTH Aachen. FOTO: SCHWEDA

DIE ROLLE DER STAATEN

Atomwaffenstaaten nicht Teil des Verbotsvertrags

Aktuell gibt es keinen Abrüstungsvertrag, der von Atomwaffenstaaten USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea, China und unter anderem auch Deutschland – wo US-Atomwaffen stationiert sind – haben den Vertrag nicht ratifiziert.

Der Atomwaffensperrvertrag

von 1968 ist kein Abrüstungs-, sondern ein Nichtverbreitungsvertrag. „Der Deal war: Die Atomwaffenstaaten führen Gespräche zur Abrüstung, im Gegenzug bauen die anderen Staaten erst gar keine Waffen“, erklärt Prof. Malte Göttsche. Bei den Gesprächen ist es geblieben. Mehr ist nicht passiert.

2021 trat dann der Atomwaffenverbotsvertrag der UN in Kraft. Das wäre ein Abrüstungsvertrag. Doch ausgerechnet die Atomwaffenstaaten USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea, China und unter anderem auch Deutschland – wo US-Atomwaffen stationiert sind – haben den Vertrag nicht ratifiziert.

Ein bilateraler Vertrag zwischen den USA und Russland von 2010 („New Start“-Vertrag) überprüft lediglich die Trägersysteme. Wird ein Trägersystem abgebaut, gilt auch der darin stationierte atomare Sprengkopf als abgerüstet, obwohl er nur zur Seite gelegt und auf der nächstbesten Rakete wieder installiert werden kann. (cs)

Fehlende Grundsteuererklärungen bereiten Sorge

Die Frist ist abgelaufen, aber etwa 30 Prozent stehen noch aus. Für die Kommunen ist die Steuer eine wichtige Einnahme.

DÜSSELDORF Etwa zwei Millionen noch fehlende Grundsteuererklärungen in Nordrhein-Westfalen bereiten den Kommunen mit Blick auf diese wichtige Einnahmequelle Sorgen. „Dass nur 70 Prozent der Eigentümer eine Feststellungserklärung abgegeben haben, ist für die Kommunen kein Weltuntergang, aber ein Grund zur Sorge“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Christof Sommer, am Mittwoch in Düsseldorf in einer Mitteilung. Die Kommunen benötigten bis zum Frühjahr 2024 genügend Daten von den Finanzämtern, um die neue Grundsteuer berechnen zu können.

Die Kommunen würden darauf achten, dass sie Einnahmen in der gleichen Höhe erzielen wie vor der Reform. Nur so könnten sie weiterhin ihre Leistungen finanzieren. „Sie sind existenziell auf die Einnahmen angewiesen und finanziere-

ren damit den Betrieb von Schulen und Kindergärten oder Straßen und Spielplätzen“, erklärte Sommer. In NRW nehmen die Kommunen nach Angaben des kommunalen Spitzenverbandes insgesamt rund 3,9 Milliarden Euro pro Jahr über die Grundsteuer ein.

Es kommt zu Verschiebungen

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Kommunen allein wegen der Grundsteuerreform ihr Steueraufkommen erhöhen“, erklärte Sommer. Aber jeder Eigentümer müsse sich darüber im Klaren sein, dass es zu Verschiebungen kommen werde. „Der eine wird mehr, der andere weniger zahlen. Maßstab ist nun der aktuelle Wert des Grundstücks, nicht mehr der von 1964 wie vor der Reform“, erläuterte der Verbandsvertreter.

Von den Immobilienbesitzern, die

rasch eine Erklärung abgegeben und bereits einen Bescheid vom Finanzamt erhalten haben, seien viele be-

ruhigt wegen eines viel höheren Wertes als früher. „Aber diese Zahl allein sagt nichts über die spätere Höhe der Grundsteuer aus“, betonte Sommer. Entscheidend sei die Messzahl und die sei deutlich reduziert worden. Hinzu komme mit dem Hebesatz der jeweiligen Kommune ein weiterer Faktor, der auf einer zuverlässigen Datenbasis erst noch neu berechnet werden müsse. Erst 2025 würden die Grundstücksbesitzer wirklich wissen, was sie dann an Grundsteuer bezahlen müssten.

„Sie sind existenziell auf die Einnahmen angewiesen und finanzieren damit den Betrieb von Schulen und Kindergärten oder Straßen und Spielplätzen.“

Christof Sommer, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW

Der Städte- und Gemeindebund NRW begrüßte, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Unterschied zu Bayern die Abgabefrist nicht verlängerte. „Uns läuft die Zeit davon. Ab 2025 muss die Grundsteuerreform greifen, daran hat das Bundesverfassungsgericht keinen Zweifel gelassen. Andernfalls dürfen die Kommunen keine Grundsteuer mehr erheben. Das wäre eine Katastrophe“, sagte Sommer.

Nach Angaben der Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen sind nur 4,7 Millionen von 6,7 Millionen zu erwartenden Erklärungen fristgerecht abgegeben worden. Die Frist

war in NRW am 31. Januar 2023 abgelaufen.

Die Finanzämter würden alle Eigentümerinnen und Eigentümer, die ihrer Verpflichtung zur Abgabe der Grundsteuererklärung bisher nicht nachgekommen seien, mit einem Erinnerungsschreiben zur Abgabe auffordern, sagte Oberfinanzpräsident Werner Brommund. Werde die Erklärung weiterhin nicht abgegeben, würden die Finanzämter die Besteuerungsgrundlagen schätzen.

Die Verpflichtung zur Abgabe der Grundsteuererklärung bleibe aber dennoch bestehen, betonte er. Daneben habe die Finanzverwaltung die Möglichkeit zur Festsetzung eines Verspätungszuschlages bis hin zur Festsetzung eines Zwangsgeldes. Wer die Erklärung noch abgeben muss, könne das weiter über das Online-Finanzamt Elster erledigen. (dpa)